

Personenfreizügigkeit – Quo vadis?

Stand: 31.12.2008

Personenfreizügigkeit_Quo_vadis.doc

Einleitung

Am 8. Februar 2009 kommt die Vorlage über die Personenfreizügigkeit Schweiz–EU zur Abstimmung. Dabei geht es um die Weiterführung des Abkommens und die Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien.¹

Der nachstehende Artikel hat nicht die Absicht, sich in den Dschungel der Paragraphen einzumischen, sondern aufzuzeigen, was strategisch „gespielt“ wird! All jenen, die die tatsächliche Geschichte nicht kennen, muss dringend nahe gelegt werden, diese zu studieren, denn erst wenn man die tatsächliche Geschichte kennt, ist man in der Lage, die Absichten der Politik zu verstehen. Für die genannte Abstimmung ist die Zeit, das Manko aufzuholen jedoch viel zu kurz. Deshalb empfehle ich der Leserschaft, davon auszugehen, dass die behördliche Politik nicht im Interesse der Bürger ist. Dass dies Absicht ist, habe ich vor 3 Jahren anhand von offiziellen Amtsberichten nachgewiesen, indem die Justiz in Bund und Kantonen seit den 1950er Jahren mit Wissen und Duldung der Politik willkürlich urteilt und ein klandestines Netzwerk begünstigt.² Nicht zu vergessen ist dabei, dass bei diesem gewaltigen Betrug alle Parteien im gleichen Bett lagen und es immer noch tun, so auch bei der kommenden Abstimmung! Sie müssen sich also dringend von der stupiden Links-Rechts-Politik lösen. Dies ist aber nur möglich, wenn Sie die tatsächliche Geschichte kennen sowie das Wesen des Geldes³ verstehen.

Zitat von Henry Ford aus dem Jahre 1920: *„Eigentlich ist es gut, dass die Menschen der Nation unser Banken- und Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.“*

Die Weltwirtschaftskrise

Wer glaubt, dass die gegenwärtige weltweite Finanzkrise nur wegen ein paar unfähigen Banker zustande gekommen ist, irrt gewaltig und versteht auch das Wesen des Geldes nicht. Die gegenwärtige Finanzkrise entstand offiziell aus der US-Immobilienkrise, auch Subprime-Krise⁴ genannt. Dabei ist nicht zu vergessen, dass dazu Jahre voraus die Samen gelegt worden sind, indem Kreditnehmer systematisch zu gut beurteilt wurden und ihnen zudem mehr als 100 Prozent der Anlagensumme an Kredit gewährt wurde. Damit letzteres erst recht ermöglicht wurde, haben die US-Behörden die Gesetzgebung verändert. Da wir in unserem Geldsystem auf Umsatz bedacht sind, wurden diese Kredite wie warme Semmeln verkauft. Die Kredit gebenden Banken wiederum übergaben diese faulen, als hochwertig bewertete Kredite weiteren Banken und Investoren, um so wieder die Möglichkeit zu erhalten, neue Kredite zu sprechen. Die so weiter gegebenen faulen Kredite wurden in so genannte strukturierte Finanzprodukte verpackt, womit der Endabnehmer getäuscht wurde, der schlussendlich die Verluste zu tragen hatte oder treffender, enteignet wurde.

Weiter wurden von US-Firmen weltweit so genannte Cross-Border-Leasing Verträge, indem Infrastrukturobjekte verkauft und nachher wieder zurückgeleast wurden, abgeschlossen. Offiziell wurde behauptet, dass damit Steuern gespart werde, und zwar auf beiden Seiten. Verschiedenste Gemeinden und Städte, beispielsweise die Stadt Zürich haben solche Verträge abgeschlossen. Inzwischen sind diese Firmen über Nacht bankrott gegangen, obschon sie kurz zuvor noch gigan-

¹ Abstimmungsvorlagen auf <http://www.admin.ch/aktuell/abstimmung/00198/index.html?lang=de>

² Siehe dazu die Kurzfassung „Die Entstehung der Justizwillkür“ sowie die darin enthaltenen Hinweise auf die weiteren Schriften auf <http://www.brunner-architekt.ch/politik/beschwerden.html>

³ Zum Beispiel: „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ auf <http://www.zeit-fragen.ch/ausgaben/2007/nr3-vom-2212007/marktwirtschaft-ohne-kapitalismus/> oder auf <http://www.brunner-architekt.ch/politik/beschwerden.html> mit zusätzlichen Links

⁴ wörtlich übersetzt: sub = unter, unterhalb; prime = das Beste; subprime = unter dem Besten, zu gut Deutsch, minderwertig oder faul

tische Gewinne ausgewiesen haben. Den Schaden trägt nun der Steuerzahler und die Drahtzieher kommen ungeschoren davon. Auch das war mit strategischer Sicht geplant worden.

Dies alles ist jedoch nur der naheliegende Teil, denn die gegenwärtige Finanzkrise hat tiefere Gründe, einerseits systembedingt durch das Geld und andererseits durch die überraschende und einseitige Aufhebung der Goldbindung bzw. -deckung im Jahre 1971 durch die US-Regierung. Seit den 1970er Jahren hat sich der Warenwert vervierfacht, die Finanzmenge jedoch mehr als vervierzigfacht! Mit andern Worten, die Gelder sind nicht mehr durch Leistungen hinterlegt, sondern nur fiktive Werte. Daher muss in den nächsten Jahren dieses Verhältnis wieder ausgeglichen werden, was heisst, das Geld muss entwertet bzw. abgeschrieben werden. Und wie immer in so einer Situation, beißen den Letzten die Hunde und das sind die Bürger, denn die korrupte internationale Finanzelite, hat das alles in strategischer Absicht eingefädelt und ihren „Groschen“ längstens in sichere Häfen gelenkt und lässt sich zudem vom Staat entschädigen, der dafür öffentliche Bürgschaften ausstellt, für die die Steuerzahler wieder gerade stehen müssen.

Wie Sie sehen, ist die gegenwärtige Finanzkrise, die sich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise bisher unbekanntes Ausmasses⁵ verschärfen wird, vorsätzlich in die Wege geleitet. Die letzte sehr grosse Wirtschaftskrise der 1930er Jahre begann ebenfalls in der „Finanzindustrie“, nämlich am Schwarzen Freitag des Jahres 1929. Auch diese Krise wurde willentlich inszeniert. Dabei gingen mehr als 15'000 US-Banken zugrunde, d. h. es gab eine massive Konzentration bei wenigen Grossbanken, aber auch in den übrigen Wirtschaftsbereichen. So eine Wirtschaftskrise entstand nicht zum ersten Mal, wie die Geschichte lehrt. Sie war aber ein erster Teil der Globalisierung, indem die Hochfinanz durch diese Manöver ihre Macht massiv ausdehnen konnte. Im Schatten der 1930er Krise konnten die Vorbereitungen für den 2. Weltkrieg getätigt werden, der ja nur eine Folge des Ersten war. Mit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise wird das nochmals passieren, wobei diese viel schlimmer sein wird als in den 1930er Jahren, womit am Schluss nur noch eine Hand voll Banken da sein wird, deren Besitzer gegenseitig zusammen halten, haben sie doch schon 1929 und heute gemeinsame Sache miteinander gemacht, aber auch schon viel früher!

Der Erste Weltkrieg

Viele wissen aus der Schule noch rudimentär, dass der Erste Weltkrieg wegen dem Mord am österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo ausgebrochen ist. Wie es jedoch dazu kam, wird uns in der Schule wohlweislich verschwiegen, denn dieser Mord wurde von langer Hand geplant. Dieser Mord war nur der Auftakt zum eigentlichen Krieg, der Generationen voraus eingefädelt wurde.

Aus den Geheimakten des zaristischen Aussenministeriums, die erst 1932 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, geht nämlich hervor, dass schon Bismarck es mit Gegenspielern zu tun hatte, die er bei allen seinen genialen politischen Berechnungen ausser Acht gelassen hatte: mit einem Kreis einflussreicher britischer Persönlichkeiten, die sich um den Prinzen von Wales, den späteren König Eduard VII., gruppierten. In diesem Kreis, zu dem u. a. Lord Randolph Churchill (der Vater von Winston Churchill), der Herzog von Norfolk, Lord Salisbury und das Haupt des Hauses Rothschild gehörten, war man über die Machtstellung Deutschlands auf dem Kontinent äusserst beunruhigt und begann sich Gedanken über die Zukunft Europas zu machen. Man hielt einen Krieg für unvereinbar, und es entstand der Plan, eine französisch-russische Allianz zustande zu bringen, hinter der im Ernstfall dann England stehen würde. Die Konstellation des Jahres 1914 war bereits 1887 in England „vorgedacht“ worden.⁶ Allerdings, und das sei hier ausdrücklich festgehalten, ist dieser Plan nur ein Teil eines viel grösseren, von dem die ganze Menschheit immer noch betroffen ist. Man kann daraus entnehmen, dass am Anfang des Ersten Weltkrieges Privatpersonen standen, die über verschiedene Netzwerke⁷ verbunden sind. Zur Ergänzung sei angefügt, dass Rothschild als der Inbegriff für die internationale Hochfinanz gilt.

Schon 1851 plädierte Mazzini für die Ausbeutung des österreichisch-ungarischen Nationalitätenshaders, wobei ihn die französische Maurerschafft unterstützte, die durch Ausbreitung der Maçonnerie in Ungarn die Vernichtung der Donaudoppelmonarchie anzubahnen suchte. Wörtlich:

⁵ <http://www.politonline.ch/?content=news&newsid=1103>

⁶ Mitteleuropa – Bilanz eines Jahrhunderts, von Renate Riemeck, Verlag Engel & Co, 1. Auflage 1965, 4. Auflage 1997, ISBN 3-927118-14-1

⁷ Die offene Verschwörung. Aufruf zur Weltrevolution, 1928, Ullstein Taschenbuchverlag, 1986, ISBN-10: 3548202691 E-Book auf <http://www.brunner-architekt.ch/politik/beschwerden.html>

Delenda est Austria! (Österreich muss zerstört werden).⁸

Weshalb wurde im Ersten Weltkrieg ausgerechnet der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zerschlagen, damit Jahrzehnte später die Europäische Union wiederum als Vielvölkerstaat aus der Taufe gehoben werden konnte? Der Krieg von 1914 bedeutet nichts weniger als die Schaffung eines weit mächtigeren und widerstandsfähigeren Vaterlandes, nämlich der republikanischen Vereinigten Staaten Europas als Fundament der Vereinigten Staaten der Welt.⁹

Der 2. Weltkrieg war eine Folge des Ersten, denn die Pariser Vororts-Verträge diktierten den Mittelmächten unannehmbare Bedingungen. Dass diese den Vertrag trotzdem angenommen haben, ist nicht nur bloss darauf zurück zu führen, dass sie (wie übrigens alle Länder) von Innen veraten, sondern vor allem, weil sie durch den 14 Punkte-Plan von US-Präsident Wilson geködert wurden. Dieser Vorvertrag wurde jedoch von den Alliierten bei den Pariser Vertragsverhandlungen nicht mehr akzeptiert.

Die Vereinigten Staaten Europas

1922, nach dem Ersten Weltkrieg, wurde die Paneuropa-Union von Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi als europäische Einigungsbewegung gegründet.¹⁰ Die Paneuropa-Union wurde unter den Nazis verboten, doch nach dem Zweiten Weltkrieg kam sie zu neuer Blüte, denn im Jahre 1951 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, oft auch Montanunion genannt) gegründet und im Jahre 1957 von den sechs Staaten (Belgien, Deutschland (BRD), Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande) in Rom die Europäische Gemeinschaft.

Erst Ende der achtziger Jahre gewann die Integration wieder an Dynamik. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1987 entwickelte die EWG den Plan eines Europäischen Binnenmarkts, in dem bis zum 1. Januar 1993 durch eine Angleichung des Wirtschaftsrechts sämtliche nationalen Hemmschwellen für den europaweiten Handel überwunden werden sollten.

Damit waren die Vereinigten Staaten von Europa beinahe geboren, denn es fehlte nur noch eine Verfassung. Der Entwurf eines EU-Verfassungsvertrags wurde 2003 erarbeitet und 2004 in Rom unterzeichnet. Er sollte ursprünglich am 1. November 2006 in Kraft treten, doch zuvor musste er in allen 25 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Im Jahre 2005 lehnten ihn die Franzosen und die Holländer bei Volksabstimmungen ab. Damit war diese Verfassung nicht mehr umsetzbar, weshalb ein neuer Rahmen gezimmert werden musste, d. h. es wurde an der Verfassung herumgewerkelt, denn die wesentlichen Inhalte blieben bestehen. Einfach ausgedrückt handelt es sich um alten Wein in neuen Schläuchen! Dieser heisst jetzt Vertrag von Lissabon und wurde im Jahre 2007 verabschiedet.

Nun fehlt noch dieser entscheidende Vertrag, der alle europäischen Staaten in einen Schraubstock zwingt, schlimmer als es in der ehemaligen UdSSR der Fall war.¹¹ Wie in allen anderen Ländern durften Franzosen und Holländer in ihren „Demokratien“ darüber nicht mehr abstimmen, dafür die Iren, die diesen Vertrag 2008 bachab schickten. Damit war das internationale und europäische Establishment erst recht nervös geworden, denn ohne diesen Vertrag gibt es kein Fundament als Vereinigte Staaten der Welt. Aus diesem Grund wurde die Irische Regierung genötigt, den Iren den Vertrag nochmals vorzulegen, was im Jahr 2009 geschehen soll. Was die EU-Verfassung für jeden Einzelnen bedeuten würde, kann im Film von Prof. Dr. Schachtschneider entnommen werden.¹²

Die Schweiz als einzelner Staat auf diesem Erdball kann sich nicht ausnehmen, nicht den Vereinigten Staaten von Europa oder der Welt anzugehören, zumal Parteien, Parlamente, Regierungen und die Gerichte nach dem Taktstock der internationalen Mafia tanzen, weshalb nun alle Massnahmen ergriffen werden, das Land bar jeder Vernunft in diesen Schraubstock zu zwängen.

Aus diesem Grund wurde 1992 auch der Vertrag zum Europäischen Wirtschaftsraum vorgelegt,

⁸ Entente-Freimaurerei und Weltkrieg, von Karl Heise, Seite 45

⁹ Der Krieg und die Internationale, von Lew Dawidowitsch Trotzki eigentlich: Leib Bronstein (1879 - 1940) in E-Book auf <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1914/kriegint/index.htm>
Lesestoff dazu vom Schriftsteller R. N. Coudenhove-Kalergi, Mitglied des Komitees der 300.

¹⁰ <http://www.pi-news.net/2008/06/bukowskis-warnung-vor-einer-drohenden-eudssr/>

¹¹ Prof. Dr. Schachtschneider - Was würde die EU-Verfassung für jeden Einzelnen bedeuten? Wissenschaftlich fundiert - und für den Laien leicht verständlich - schildert Prof. Dr. Schachtschneider in diesem Vortrag, warum die "EU-Verfassung" unbedingt abzulehnen ist!

¹² https://www.shopssl.de/epages/es106377.sf/de_DE/?ObjectPath=/Shops/es106377_Infokrieg-Webshop/Products/020007

der abgelehnt wurde. Als Dank, wie kolportiert wird, wurde von diesem kriminellen Netzwerk die Swissair ausgehöhlt, deren Flugzeuge eines Tages wegen Insolvenz überraschend am Boden blieben. Die Parallelen zum gegenwärtigen Bankendesaster sind unverkennbar. Doch, wenn man sich mit diesem Netzwerk beschäftigt, so weiss man, wer wo sitzt, womit diese Aussage gar nicht so abwegig ist.

Genau gleich verhielt es sich bei der Abstimmung zur UNO-Mitgliedschaft. Auch hier wurden die Register nach allen Seiten gezogen, obschon bekannt ist, dass die UNO eigentlich als die angekündigten Vereinigten Staaten der Welt zu fungieren hätten.

Globalisierung

Am Ende des Zweiten Weltkrieges – der ja eine Folge des Ersten war –, bestand die Absicht, eine Internationale Handelsorganisation (ITO) zu gründen. Diese kam aber nie zustande. Stattdessen wurde 1947 das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) aus der Taufe gehoben.

Nachdem der Eiserne Vorhang gefallen war und sich die selige Sowjetunion (kontrolliert) auflöste (bzw. auflösen durfte) – auch die Russische wie alle übrigen Revolutionen kam nicht vom Volk aus und wurde ebenfalls von der internationalen Bankenmafia geschürt und finanziert¹³ –, bestand der Wunsch, den Welthandel auf eine neue Grundlage zu stellen. So wurde im Jahre 1995 die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet und damit das GATT-Abkommen abgelöst. Grundlage dazu bildete der RIO-Bericht (Reform der internationalen Ordnung)¹⁴ aus dem Jahre 1976. Sein Inhalt kann mit einem Ausspruch von Aristoteles zusammengefasst werden: „*Es ist genug über die Theorie des Reichwerdens gesagt worden; lasst uns nun den praktischen Teil in Angriff nehmen.*“

Ziel der WTO ist der Abbau von Handelshemmnissen und somit die Liberalisierung des internationalen Handels mit dem weiterführenden Ziel des internationalen Freihandels. Zu diesem Zweck sind die Rechtsnormen zu harmonisieren, sprich zu vereinheitlichen, womit eine weitere Grundlage für die Vereinigten Staaten der Welt geschaffen wurde.

Zudem ist es so, dass sich im Handelsbereich der Stärkere durchsetzen wird, was heisst, die heute noch als Industrieländer bezeichneten Nationen, insbesondere die USA, werden den Ton und die Marschrichtung angeben, doch das wird sich rasch ändern, weil diese Länder mit Hilfe ihrer Politiker deindustrialisiert wurden. Da jedoch die US-Administration wie in fast allen Ländern von der internationalen Mafia kontrolliert wird, hat diese das Sagen. Kommt noch dazu, dass heute die 500 grössten multinationalen Unternehmen mehr als 53 Prozent des weltweiten Bruttonational-einkommen (BNE – früher Bruttosozialprodukt genannt, BSP) erwirtschaften, womit einmal mehr ersichtlich ist, wer dahinter steckt, wenn man weiss, wie der Reichtum verteilt ist¹⁵, zumal die Grossindustrie ebenfalls ins Netzwerk eingebettet ist. Daher werden in der WTO je länger je mehr die multinationalen Unternehmen das Sagen haben, hinter denen die gleiche internationale Mafia steckt. Die Nationalstaaten haben damit nur noch zu schlucken, sofern sie es noch können.

Personenfreizügigkeit

Das zur Abstimmung anstehende Dossier Personenfreizügigkeit muss als ein weiterer Baustein in der internationalen Vertragsvernetzung zu den Vereinigten Staaten gesehen werden. Es stellt sich daher nicht die Frage, ob ein Beitritt aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll sei oder nicht, sondern es geht darum, ob die Schweiz als Nation bestehen bleiben soll oder nicht. Russland, das ein Jahrhundert lang von dieser internationalen Mafia geknechtet wurde, hat sich unter Putin aus ihrem Würgegriff einstweilen befreien können. Russland ist heute ein freies Land, nicht so wie die westlichen Länder inklusive der Schweiz. Das allerdings hört man in unseren ach so freien Medien nicht, weil diese der internationalen Mafia hörig sind, weshalb über die Russen geschimpft wird.¹⁶

Schon bei der Abstimmung beim EWR-Vertrag, der ja abgelehnt wurde, wurde behauptet, dass der bilaterale Weg mit Dornen gepflastert sei und in der Sackgasse münde. Inzwischen geht es

¹³ Nikolaus II. – Feigheit, Lüge und Verrat, Leben und Ende des letzten Russischen Zaren, von Elisabeth Heresch, Langen Müller in der Herbig Verlagsbuchhandlung München, 1992, ISBN 3-7844-2404-X

¹⁴ Der RIO-Bericht an den Club of Rome: Wir haben nur eine Zukunft – „Reform der internationalen Ordnung“, Leitung Jan Tinbergen, 1976, Westdeutscher Verlag

¹⁵ <http://www.inwo.de/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=326>

¹⁶ http://globalfire.tv/nj/08de/politik/aggression_gg_russland.htm

uns Schweizern im Verhältnis zu den angrenzenden Ländern in etwa gleich gut bzw. schlecht wie damals. Der Druck, der auf der Schweiz, beispielsweise in Steuerfragen lastet, ist nur im beschriebenen Kontext zu sehen. Wäre die Schweiz frei, so könnten unsere Medien und Behörden über die Grenze rufen, „Ihr könnt uns mal...!“ Doch sie alle sind im gewaltigen internationalen Korruptionssystem gefangen und kuschen. Das Hin und Her der Voten ist nichts weiter als ein abgekartetes Spiel bzw. ein inszeniertes Theater, dessen ich die Politik schon seit Jahren bezichtige.

Schlussbemerkung

Künftige Ereignisse

Es ist durchaus anzunehmen, dass die Leserschaft den vorerwähnten Fakten nicht glauben schenken wird, weil Sie die Geschichte nicht kennen und das Wesen des Geldes nicht verstehen, sowie immer noch glauben, dass Ihre gewählten Politikerinnen und Politiker nur das Beste für Sie täten. Alle diejenigen, die die Geschichte nicht kennen, kennen somit auch das jeweilige Dossier nicht, weil sie von falschen geschichtlichen Grundlagen ausgehen. Die „Organisierten“ hingegen kennen die Geschichte sowie Absichten und Ziele, womit die Unwissenden immer im Nachteil sind. All jenen, die nach wie vor daran kein Gehör finden wollen, sei dringend empfohlen, die Kurzzusammenfassung des Buches „Der bedrohte Friede heute“, von Carl Friedrich von Weizsäcker¹⁷ auf http://dasdenken.blog.de/2008/01/27/carl_friedrich_von_weizsacker~3640855 zu lesen. Weizsäcker war ein Insider und kannte daher Absicht und Ziele. Ein grosser Teil dieser vor mehr als einem Viertel Jahrhundert geschriebenen Prognosen sind bisher eingetroffen und der Rest wird ebenfalls noch in „Erfüllung“ gehen. Wir sind auf dem besten Weg dazu.

Vereinigte Staaten der Welt

Sie glauben nicht, dass die Vereinigten Staaten von Europa das Fundament der Vereinigten Staaten der Welt werden soll. Der Ex-Bundeskanzler Willy Brandt, war Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission. Diese hatte im Jahre 1980 ihren Bericht¹⁸ veröffentlicht. Bereits in der Einleitung schreibt Brandt: *„Man mag einwenden, dass internationale Steuern ohne internationale Regierung nicht gut vorstellbar sind. Doch glauben wir in der Tat, dass gewisse Elemente dessen, was man eine ‚internationale Regierung‘ nennen könnte, schon jetzt angezeigt wären, um den gemeinsamen ebenso wie den nationalen Interessen gerecht zu werden. Und wir vermuten auch, dass die Welt gegen Ende dieses Jahrhunderts voraussichtlich nicht funktionieren wird, ohne ein Mindestmass an praktikablen internationalen Abgaben...“* Und *„Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen – Krieg, Chaos, Selbsterstörung – erfordert eine Art ‚Weltinnenpolitik‘, die über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch nationale Grenzen weit hinausreicht.“* Und im Kommissionsbericht: *„In unserem Arbeitsmandat haben wir zum Ausdruck gebracht, dass die Notwendigkeit einer neuen internationalen Ordnung stets im Mittelpunkt unserer Besorgnis stehen wird. Ein Wandel ist unvermeidlich. ... Die Frage ist nur, ob die Weltgemeinschaft bewusste und entschlossene Schritte unternimmt, um diesen Wandel zu bewirken, oder ob dieser uns allen durch den Gang von Ereignissen aufgezwungen wird.“* Wenn Sie die tatsächliche Geschichte studieren, so werden Sie beim Studium feststellen, dass bereits bei der Französischen Revolution von einer Weltrepublik die Rede war. Diese war wiederum vom gleichen Geldadel organisiert worden.

Betreffend der Internationalen Steuer sei noch folgendes bemerkt: Eine der internationalen Forderung ist, die öffentliche Entwicklungshilfe auf 0.7 Prozent des Bruttosozialprodukts festzusetzen.¹⁹ Wenn man die Geschichte kennt, weiss man, weshalb sich diese Länder nie entwickeln konnten, denn sie wurden ausgerechnet von jenen Ländern geplündert, die sich die Finanzelite schon vor Jahrhunderten Untertan gemacht haben. Und so weiss man auch, wohin diese Gelder wieder fliessen! Und genau diese Forderung steht in „Bern“ zur Diskussion.

¹⁷ Der bedrohte Friede heute, von Carl Friedrich von Weizsäcker, Carl Hanser, 1994 (Erstausgabe 1983), 335 Seiten, ISBN 3446176977. Sehr kurze, aber eindruckliche Zusammenfassung bzw. Prognose, auf http://dasdenken.blog.de/2008/01/27/carl_friedrich_von_weizsacker~3640855

Er ist gemäss http://www.horst-koch.de/joomla_new/content/view/266/272/ Hochgradfreimaurer des 33. Grades (Fundamentum 3/88 S. 99). Solche Prognosen kann nur ein Wissender abgeben.

¹⁸ Der Brandt-Report; Das Überleben sichern. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Ungekürzte Ausgabe. 1980. Aus dem Englischen von Barbara Bortfeldt, Ullstein Sachbuch Nr. 34102. Zusammenfassung auf <http://www.brunner-architekt.ch/politik/beschwerden.html>

¹⁹ Der Pearson-Bericht. Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Bericht der Kommission für Internationale Entwicklung, Wien-München-Zürich, Verlag Fritz Molden, 1969, 700 Seiten

Weiter: Im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz, sie ist das höchste Gremium der Klimarahmenkonvention²⁰ und damit ein Teil der Agenda 21²¹, wurde bereits in Bali²² und auch dieses Jahr in Posen²³ wieder versucht, eine internationale Steuer zu erheben. Die Agenda 21 ist nichts anderes als ein Programm der internationalen Elite, um die Nationen mittels Verträgen aneinander zu binden als Grundlage für die Vereinigten Staaten der Welt. Das dazu gewählte Mittel der Klimakatastrophe ist jedoch lediglich fiktiv, denn die Temperatur folgt nicht dem CO₂, sondern das CO₂ folgt der Temperatur, allerdings in mehreren Jahrhunderten Abstand. Das ist wissenschaftlich anerkannt, weil diese Kenntnis aus den Untersuchungen der Eisbohrkerne stammt und weiter bekannt ist, dass das Wasser CO₂ bindet. Kälteres Wasser bindet mehr CO₂ und wärmeres Wasser weniger. Die Temperatur wiederum ist abhängig von den Sonnenaktivitäten. Die Energiefrage ist zudem keine Frage der Energie als solches, da davon mehr als genug vorhanden ist, sondern eine Frage der Politik, ob diese gewillt sei, alternative Techniken der Freien Energie zuzulassen! Die Politik ist jedoch nicht bereit, diese alternativen Techniken der Freien Energie zuzulassen, denn dadurch würden die Völker frei und unabhängig! Die von der Politik aufgezwungenen Klimazertifikate sind daher nichts anderes als eine gewaltige und sichere Einkommensquelle für die internationale Hochfinanz, der wir die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise zu verdanken haben. Sie sind ihr nächster Reibach, wenn die Nationen am darben sind und das alles wegen unseren hehren Politiker, an vorderster Front unser Energieminister Moritz Leuenberger. Der Sozialist Leuenberger vertritt damit hochhoffiziell die Interessen der internationalen Hochfinanz und keineswegs die Arbeiterschaft! Das ist kein Einzelfall, sondern das ist das System der Parteien! Deshalb wie eingangs gefordert: Lösen Sie sich vom stupiden Links-Rechts-Schema und studieren Sie die Geschichte!

Die staatspolitische Bedeutung der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht

In diesem Sinn muss die Tragweite der Einstellung der parlamentarischen Oberaufsicht über die Justiz² genauer betrachtet werden. Vorauszuschicken ist, dass ich damals nur die Oberaufsicht über die Justiz nachgewiesen habe, weil dies mit statistischen Mitteln möglich war im Gegensatz zu jenen der Regierungen. Die Oberaufsicht über die Regierungen musste genau gleich eingestellt werden wie über die Justiz. Erstens wurde diese von langer Hand geplant, werden doch im Bund die diesbezüglichen Plenarkommissionsberichte vor Mitte der 1920er Jahre und jene der Subkommissionsberichte vor Mitte der 1960er Jahren rechtswidrig unter Verschluss gehalten. In staatspolitischer Hinsicht bedeutet die Einstellung der Oberaufsicht, also der Kontrolle der Staatsverwaltung, das Ende der Demokratie, denn Demokratie heisst übersetzt nichts weniger als Volksherrschaft (Demos = Volk; Kratie = Herrschaft). Herrschaft kann jedoch nur durch folgende Führungstätigkeiten ausgeübt werden:

- Erstens durch erteilen von Aufträgen, Befehlen, Erlass von Gesetzgebungen etc,
- zweitens durch Kontrollen, indem der Auftraggeber in unserem Fall der Gesetzgeber prüfen muss, ob die Untergebenen seine Vorgaben korrekt umsetzen. In staatsrechtlicher Hinsicht ist das ganz und gar keine Beeinträchtigung der Gewaltenteilung, ansonsten diese ein Jahrhundert lang falsch gehandhabt worden wäre. Es ist demzufolge lediglich eine Frage der Definition, und genau diese Definition wurde schleichend verändert, wie aufgezeigt wurde. Beachte: Recht ist nicht weil es gerecht ist, sondern weil es so festgesetzt wurde! Nun, da wir einen Staat im Staate haben, hat eben dieser Staat, die Organisierten und Wissenden das vollzogen und die Unwissenden, also jene, die die Geschichte nicht kennen, hatten das Nachsehen – inkl. Ihnen!
- Drittens sind als Folge der Kontrolle auch Sanktionsmöglichkeiten erforderlich, denn so lange es keine Strafen gibt für Fehlverhalten oder gar für Strafdelikte, greifen Kontrollen nicht. Betrachtet man den Mechanismus für die Strafverfolgung bei den Magistratspersonen, so müssen diese durch die Politik der Strafverfolgung übergeben werden. Da wir nun wissen, dass die Politik in der Staatsverwaltung Willkürakte wissentlich duldet, nimmt sie im Verfahrensfalle auch diese Täter in Schutz. Vergleiche dazu das Ermächtigungsverfahren in Strafsachen²⁴ in den Kantonen St. Gallen und Zürich auf Ebene der Beamten.

²⁰ http://www.admin.ch/ch/d/sr/c0_814_01.html bzw. Botschaft des Bundesrates, BBl 1993 III 121

²¹ http://www.un.org/Depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf oder http://www.nachhaltigkeit.aachener-stiftung.de/artikel/agenda_21_-_dokumente_985.htm

²² <http://www.politonline.ch/index.cfm?content=news&newsid=879>

²³ Wer Wind säht, wird Sturm ernten auf <http://www.spatzseite.de/20081214.htm>

²⁴ Das Ermächtigungsverfahren in Strafsachen – Zusammenfassung auf <http://www.brunner-architekt.ch/politik/beschwerden.html>

Will jemand die Herrschaft missbräuchlich ausüben, so kommt zu den unterlassenen Führungstätigkeiten im Minimum noch die Manipulation der Information dazu. Informationen werden nicht nur via Medien vermittelt, sondern vor allem über die Erziehung und damit in der Schule²⁵. Nachdem wir festgestellt haben, dass wir die Geschichte nicht kennen, so erstaunt es auch nicht, dass uns diese in der Schule nicht erklärt wird. Apropos Medien: Für die Propaganda des Ersten Weltkrieges wurden in wenigen Jahren mehrere 100 Millionen (damalige Werte) ausgegeben. Und wie viel wird heute jährlich dafür ausgegeben, um uns das Hirn zu waschen?

Seitdem diese Oberaufsicht umgekrempelt ist, entscheidet der Bundesrat eigenmächtig über Dinge, die uns direkt angehen, ob wir sie wollen oder nicht und das Parlament nickt bestenfalls die Angelegenheit nachträglich ab. So auch bei der in „Not geratenen“ UBS, als sie um Staatshilfe bat²⁶, deren Entscheid für uns ungeahnte Folgen zeitigen wird, zumal davon ausgegangen werden muss, dass es nicht der letzte Kredit sein wird.

Merke: Nicht glauben muss man, sondern wissen! Nur dadurch schützt man sich von Unbill.

Die Befürworter der Personenfreizügigkeit

Am 28. Dezember 2008 wird das Interview von Matthias Chapman mit dem Grossunternehmer, UBS-Verwaltungsrat und SVP-Nationalrat Peter Spuhler über die „Bilaterale“ im Tagesanzeiger publiziert.²⁷ Darin droht Spuhler, er werde Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, wenn diese Verträge nicht angenommen würden. Wochen vorher hat er ZHAW-Impact ein Interview²⁸ gewährt. Hier gibt er zum Besten, „Die Schweiz sei ein super Standort.“ Nun, was will man ihm nun glauben?

Interessant ist das Impact-Interview vor allem deshalb, weil er freimütig zugibt, dass er als 30-jähriger Habenichts von der Thurgauer Kantonalbank 5 Millionen Franken ohne Sicherheit erhalten habe! Welcher Bürger bekommt von einer Bank soviel Geld ohne Sicherheiten? Niemand, wenn er nicht irgendwelche hochkarätige Göttis bei der Bank hat.

Heute ist er Verwaltungsrat bei der durch Insolvenz gefährdeten UBS. Die UBS ist, wie praktisch alle übrigen Grossbanken, lediglich eine Dependence der internationalen Hochfinanz. Wie kommt nun der ehemalige Habenichts zu so einem Verwaltungsratsmandat? Hat er hier ebenfalls wieder hochkarätige Göttis? Beachtenswert ist vor allem das Bild im Interview des Tagesanzeigers, das sogar im Internet erschien. Seine Pose ist darin so gestellt, dass er dem Betrachter etwas zu sagen hat und mit dem Finger einen Hinweis gibt. Das Bild konnte nur entstehen, weil der Interviewte sowie der Fotograf sich über die nicht verbale Aussage einig waren und diese verstanden. Und weil dieses Foto für gewisse Kreise eine wichtige Bedeutung bzw. Aussage hat, musste ausgerechnet dieses Foto dem Interview beigelegt werden. Es ist daher zu vermuten, dass Spuhler einen Auftrag hat, dafür zu sorgen, dass die Personenfreizügigkeit angenommen wird, weshalb er so seine Brüder über die Medien instruiert. Da in den einschlägigen Organisationen strikte Disziplin herrscht, haben sie den Oberen zu gehorchen. Ist Ihnen nicht auch schon aufgefallen, dass Moritz Leuenberger seine Finger ebenfalls immer im Gesicht hat? Auch wenn diese beiden politisch angeblich nicht die gleiche Position beziehen, so ziehen sie trotzdem am gleichen Strick! Hier wurde nun aufgezeigt, dass die politischen Extreme Links und Rechts eben doch am gleichen Strick ziehen! Was hat Weizsäcker in seinem Buch über die Politiker geschrieben?¹⁷



Es ist zu hoffen, dass der/die Eine oder Andere mit diesen wenigen Zeilen nun beginnt zu verstehen, wie das Politsystem funktioniert und was gespielt wird. Ich stelle auf Schritt und Tritt fest, dass eine grosse Zahl von Ignoranten vorhanden ist, die von diesen Zusammenhängen nichts hören will und sie verärgert beiseite legt. Sie sind nicht einmal bereit, einzelne Teile davon einer Prüfung zu unterziehen. Diese Leute sind der Meinung, dass der Staat zum Wohl der Bürger funktioniere und Korruption hinzunehmen sei. Auch ich tat mich vor drei Jahren schwer, bis ich endlich den Faden gefunden hatte. Darnach hat das schlagartig geändert. Nun gilt es diese Ignoranten zu überzeugen, damit auch sie mithelfen, das System zu verändern, denn es geht nur zusammen.

²⁵ Geschichtsschreibung als politische Erziehungsmacht, Gerhard Schröder, Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg, 1939, 162 Seiten

²⁶ <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/Nationalbank-druckt-Geld-um-UBS-SchrottpapierFonds-zu-finanzieren/story/10095512>

²⁷ <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Bilaterale-Spuhler-wuerde-Jobs-ins-Ausland-verlagern/story/17360071>

²⁸ http://www.zhaw.ch/fileadmin/user_upload/zhaw/publikationen/impact/2008/08-03_interview.pdf

Erstellt: 28.12.2008, 09:50 Uhr

Bilaterale: Spuhler würde Jobs ins Ausland verlagern

Sollte das Schweizer Volk am 8. Februar die Bilateralen Verträge mit der EU versenken, sähe sich Unternehmer Peter Spuhler gezwungen, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen.



Peter Spuhler: Der Unternehmer rechnet damit, dass das Schweizer Volk die Bedeutung der Bilateralen für das Land richtig einschätzt.

Bild: Keystone, Fotograf... [das war](#) Gaetan Bally

Artikel zum Thema

- [«Wir lassen uns nicht einschüchtern»](#)
- [EU-Botschafter warnt vor Guillotine-Klausel](#)

Spuhler kämpft an vorderster Front für die Verlängerung und die Erweiterung der bilateralen Verträge auf Bulgarien und Rumänien. Innerhalb der SVP hat er bereits 25 Fraktionskollegen und fünf Regierungsräte auf seine Seite gezogen und stellt sich damit gegen die offizielle Haltung der Partei.

Sollte sich sein Einsatz nicht auszahlen, wirds seiner Meinung nach ganz eng für die Schweiz. «Die Personenfreizügigkeit ist nur ein Element eines Gesamtpakets. Wenn sie in einer Referendumsabstimmung abgelehnt wird, wird automatisch das gesamte bilaterale Vertragswerk aufgelöst. Das hätte für die Exportwirtschaft gravierende Wettbewerbsnachteile zur Folge. Hinzu kommt, dass 400'000 Schweizer, die im EU-Raum wohnen, keine Aufenthaltsbewilligung mehr hätten», so Spuhler im Interview mit dem «SonntgsBlick».

Auf die Frage, wie er als Unternehmer auf ein Nein reagieren würde, antwortet Spuhler: «Noch ist diese Frage hypothetisch. Als Unternehmer profitiere ich von den Vorteilen der bilateralen Verträge, ebenso wie meine Mitarbeiter und viele KMU-Zulieferbetriebe. Im Gegensatz zu denen kann ich als Unternehmer ausweichen. Wenn ich nicht mehr aus der Schweiz exportieren kann, produziere ich halt in meinen Werken in Deutschland, Polen oder Ungarn. Die Leidtragenden sind Schweizer Mitarbeiter und KMU-Zulieferer. (cpm) 'matthias.chapman@newsnetz.ch'